

Die Lebensmittelversorgung.

Die Einfuhr aus der Ukraine.

Im Herrenhause hat Herrenhausmitglied Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Anfrage an den Ministerpräsidenten eingebracht, in der er darauf hinweist, daß die Hoffnungen der gesamten Bevölkerung auf den Brotfrieden gerichtet waren, den Graf Czernin mit der Ukraine in Brest-Litowsk abgeschlossen hat. Die Bevölkerung sei nun darüber tief beunruhigt, daß die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches den Weg in das Gebiet der Ukraine nehmen und sich der dort lagernden Getreidevorräte versichern, während anscheinend seitens unserer Monarchie bisher keine geeigneten Maßnahmen getroffen wurden, um auch uns ausreichende Mengen von Getreide zu sichern und mit aller Beschleunigung herbeizuschaffen. Der Interpellant fragt:

„Welche andere Maßnahmen hat die Regierung vorgesehen, um im Interesse der notleidenden und geängstigten Bevölkerung den Import von Getreide aus der Ukraine zu sichern und innerhalb welcher Zeit sind solche Importe zu gewärtigen?“

Die Schwierigkeiten in der Brotversorgung.

Im Gemeinderat erörterte gestern Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Schwierigkeiten, die sich vergangene Woche in der Brotversorgung Wiens ergaben, und führte aus: In der vergangenen Woche drohte allerdings nicht die Gefahr einer Verordnung, sondern tatsächlich die Gefahr einer Kürzung der Brotquote, und in den letzten Tagen gelang es der Kriegsgetreideverkehrsanstalt nur mit dem Ausfuhrt aller

Kräfte und unter teilweiser Verwändung von Weizenmehl und zu Mehl vermahlener Roggengerste, den Mehlbedarf für die Broterzeugung von einem Tag auf den anderen sicherzustellen. (Rufe: Unerhörlich!) Dieser Zustand ist unhaltbar und unerträglich, weil die Versorgung einer Bevölkerung von 2 Millionen Menschen nicht auf den Zufall rechtzeitig oder verspätet einlangender Getreidetransporte bestellt werden kann.

Die systematischen Beruhigungsversuche, die gewissen Schönfärbereien sind wertlos, sie dienen nur dazu, die Bevölkerung zu beunruhigen. Es steht vielmehr außer allem Zweifel, daß das staatliche Getreideregime infolge der verhängnisvollen Fehler und Irrtümer im Ausbringungsdienste vollständig zusammengebrochen ist. Ueber das Tor der Kriegsgetreideverkehrsanstalt könnte ruhig geschrieben werden „Bankrott“. Um so mehr ist es zu bedauern, daß das Volksernährungsamt gegenüber den von allen Parteien des Wiener Gemeinderates einmütig aufgestellten Forderungen taub geblieben ist. Während Niederösterreich seiner Abgabepflicht in vollem Umfange nachgekommen ist, sind die Sudetenländer aus Aktivposten in der Getreideausbringung Passivposten geworden, und da trotz aller Versprechungen Ungarn in der Anlieferung von Edelgetreide überaus säumig ist (Rufe: Hörl!), basiert derzeit die Brotmehlversorgung fast ausschließlich auf den Maiszuschüben aus Rumänien (Rufe: Hörl!), welche unter erheblichen Schwierigkeiten heraufgebracht werden.

Wie mir von berufener Stelle mitgeteilt wurde, sind auch die Maisbezüge aus Rumänien nur mehr für einen relativ kurzen Zeitraum sichergestellt und es bleibt zur Vermittlung des Ueberganges bis zur neuen Ernte nur die Erfassung und Anbringung der in der Ukraine gelagerten Getreidevorräte (Neuerliche Hörl-Hörl-Rufe). Ich weiß nun nicht, welche Maßnahmen die österreichische Regierung ergriffen hat, um das so notwendige Getreide in der Ukraine zu sichern und herauszubringen. Aber ich habe mir erlaubt, im Herrenhause eine solche Anfrage an die Regierung zu richten. Wenn die Verhältnisse so weiter fortgehen, sind wir nicht imstande durchzuhalten. Die österreichische Regierung muß wieder Vertreter nach Berlin senden, um Hilfe für die Wiener Bevölkerung zu erbitten. (Rufe: Wer ist schuld daran?) Ich glaube daher wohl, daß ich namens aller Kollegen des Wiener Gemeinderates an die Regierung die mahnende Forderung richten muß, alles daranzusetzen, damit die Getreidevorräte, die nach dem Friedensvertrag für uns bestimmt sind, in der Ukraine erfasst und mit möglichster Beschleunigung hergebracht werden.

Anschließend vertiefte der Bürgermeister auch auf die angekündigte Umgestaltung des Ernährungsamtes und sagte unter anderem: Wir müssen heute an den Ministerpräsidenten die Forderung richten, das Ernährungsamt nicht als Experimentierfeld zu betrachten. Dieses braucht ein strenges Strafenregime. Wir müssen einen Mann an der Spitze haben, der auch mit jenen Machtmitteln ausgestattet wird, um die Ausbringung zu gewährleisten und die gerechte Verteilung zu sichern.

Verlangen nach Aufhebung der „Geos“.

Auf eine Anfrage des Gemeinderates Schäfer, ob der Bürgermeister den berechtigten Wünschen der Grünwaren- und Obsthändler auf Aufhebung der „Geos“ entsprechen wolle, erwiderte Bürgermeister Dr. Weiskirchner, wenn je eine Zentralstelle den Befähigungsnachweis ihrer vollsten Unfähigkeit erbracht habe, so sei dies die „Geos“. Wir haben, sagte er, jedes Vertrauen in diese Zentralstelle verloren und wir können nur mit den Marktleuten, deren Klagen mir sehr gut bekannt sind und denen ich immer ein aufrichtiger Freund und Beschützer war, in den Ruf einstimmen: Hinweg mit der „Geos“!

Die Einlösung der Mehlkartenabschnitte.

Amlich wird mitgeteilt: Anlässlich der Herabsetzung der Mehlquote ist angeordnet worden, daß die Teilnehmer von Gemeinschafts- und ähnlichen Kriegerlichen den Küchenleistungen jeweils für zwei Wochen im vorhinein zehn Abschnitte ihrer Mehlkarten abzugeben haben.

Nunmehr sind von verschiedenen Personen bei den Behörden Beschwerden darüber vorgebracht worden, daß einzelne Konsumentenorganisationen, Konsumvereine und Mehlabgabestellen sich weigern, gegen Mehlkarten, die anstatt der vollen zwanzig nur mehr zehn Abschnitte aufweisen, Mehl zu verkaufen.

Dieser Vorgang ist jedoch unzulässig; vielmehr sind auch Mehlkarten, an denen sich nur mehr zehn oder selbst nur fünf Abschnitte befinden, unweigerlich unter Zugrundelegung der Gebühr von 25 Gram Mehl für jeden Abschnitt einzulösen.

Eine Uebertretung dieser Anordnung könnte neben strafgerichtlicher Ahndung den Verlust der Gewerbeberechtigung oder der Anerkennung als privater Konsumentenorganisation usw. zur Folge haben.

Abgabe von 60.000 Kilogramm Geflügel.

In dieser und in der nächsten Woche gelangen nach den Weisungen der Gemeinde aus den Beständen der Wild- und Produktengesellschaft 60.000 Kilogramm Geflügel und Zudans zur Verteilung. Für den Verkauf, der am Samstag beginnt, sind in jedem Bezirk einige Geflügelhändler in Aussicht genommen, deren Lokale durch eigene Aufschriften gekennzeichnet sind. Der Kleinhandelspreis beträgt 16 K. für das Kilogramm, ist also um 3 K. billiger als der gegenwärtige Marktpreis.